Anlage 01 zur Drucksache

Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen 2015

Gl.-Nr.
Fundstelle: Amtsbl. Schl.-H. 2015
S.

Erlass des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung vom 26.03.2015 - VIII 343 - 464.43-008

Präambel

Qualitätsmanagement in Kindertageseinrichtungen bedeutet einen fortlaufenden, systematischen Prozess von Qualitätsentwicklung und –sicherung, der sich an den aktuellen Herausforderungen orientiert. Grundlage dieses Prozesses ist die Definition von Qualitätskriterien, deren Umsetzung im pädagogischen Alltag einer stetigen systematischen Bewertung unterzogen werden. Ziel ist die Förderung des Aufbaus eines Qualitätsmanagementsystems, das der qualitativen Verbesserung der Kindertagesbetreuung und damit der frühkindlichen Bildung dient. Dabei steht zunächst die Qualifizierung der Beschäftigten im Vordergrund. Darauf aufbauend wird, sofern nicht bereits vorhanden, ein Auditverfahren entwickelt, in dem schon bestehende Qualitätsmanagementkonzepte berücksichtigt werden. Der Prozess wird extern begleitet, um die Zielerreichung

regelmäßig zu unterstützen und das System gemeinsam mit den relevanten Akteuren kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Im Kalenderjahr 2015 stellt das Land hierfür erstmals 4,7 Mio. € – insbesondere für den U3-Bereich – zur Verfügung.

1 Zuschusszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Das Land beteiligt sich gemäß

§ 25 Kindertagesstättengesetz (KiTaG) an den Kosten der Kindertageseinrichtungen. Zusätzlich ist es Ziel der Landesregierung, die Qualität der Betreuung und Förderung in Kindertageseinrichtungen weiterzuentwickeln.

1.2 Voraussetzung für die Förderung ist die Einbeziehung der Leitlinien zum Bildungsauftrag, des Kinderschutzgesetzes und der Themenbereiche Gesundheit und Ernährung in das Qualitätsmanagementsystem sowie die jährliche Durchführung eines eintägigen Evaluationsworkshops in der Kindertageseinrichtung. Dabei sind folgende Maßnahmen förderfähig:

- die Qualifizierung der Fachberaterinnen und Fachberater, der/des Beauftragten für

Anlage 01 zur Drucksache

ein Qualitätsmanagementsystem sowie der Leitungskräfte einer Einrichtung im Bereich Qualitätsentwicklung/ -sicherung,

- die Freistellung bzw. Stundenaufstockung der Leitungskräfte, um Kapazitäten für die Qualitätsentwicklung zu schaffen,
- die Inanspruchnahme externer Beratung im Bereich Qualitätsentwicklung /-sicherung.

2 Zuschussempfängerinnen/ Zuschussempfänger

2.1 Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung gewährt die vom Land gemäß § 26 Abs. 2 Satz 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) zur Verfügung gestellten Mittel in einem mehrstufigen Verfahren nach Maßgabe der nachstehenden Grundsätze.

Zuschussempfänger sind zunächst die Kreise und kreisfreien Städte. Sie sollen als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Mittel in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Zuschussvoraussetzungen nach Ziffer 3 und unter Berücksichtigung der Trägerland-

schaft in den jeweiligen Kreisen und kreisfreien Städten an öffentliche und freie Träger von Kindertageseinrichtungen weiterleiten. Dabei werden die Landesmittel von den Kreisen und kreisfreien Städten entweder direkt oder im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Kreis und Standortgemeinden auf deren Antrag über die Standortkommunen an die Letzempfänger (Träger von Kindertageseinrichtungen, die in den Bedarfsplan nach § 7 KiTaG aufgenommen worden sind) weitergeleitet. Diese müssen die Mittel entsprechend ihres Antrags zu den in Ziffer 1.2 genannten Maßnahmen verwenden.

3 Zuschussvoraussetzungen

3.1 Die Mittel sind primär anhand eines kindbezogenen Verteilungsschlüssels an die Träger der Kindertageseinrichtungen zu verteilen. Die Ausgestaltung eines solchen kindbezogenen Verteilungsschlüssels obliegt den Kreisen und kreisfreien Städten. Neben einem kindbezogenen Verteilungsschlüssel können Grundpauschalen pro Tageseinrichtung festgesetzt werden, soweit eine Benachteiligung kleinerer Einrichtungen zu befürchten ist.

Anlage 01 zur Drucksache

3.2 Auf Antrag der Träger von Kindertageseinrichtungen sind im Kalenderjahr 2015 Honorar-, Sach- sowie notwendige Fahrtkosten externer Beraterinnen und Berater für Maßnahmen nach Ziffer 1.2 förderfähig.

Personalkosten sind nur in Form der Leitungsfreistellung oder Stundenaufstockung der Leitungskraft und für Zwecke des Evaluationsworkshops förderfähig, wenn diese zusätzlich zu den regulären Personalkosten allein aufgrund von Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung entstehen. Sofern eine Stundenaufstockung der Leitungskraft wegen bereits kompletter Freistellung bei einer Vollzeitbeschäftigung nicht möglich ist, kann die Leitungskraft Aufgaben an ihre Stellvertretung übertragen, um Kapazitäten für die Qualitätsentwicklung zu gewinnen. Die Vertretung kann dann ihrerseits die Stunden entsprechend aufstocken. Dabei muss die Aufgabenübertragung arbeitsvertraglich geregelt sein.

Bei Personalkosten muss die Verwendung der Zeit für die förderfähigen Maßnahmen nachgewiesen werden.

Bereits vor 2015 begonnene Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung sind im Kalenderjahr 2015 nur in Form von Personalkosten unter oben genannten Voraussetzungen förderfähig.

3.3 Zusätzliche Verwaltungsausgaben, die auf kommunaler Ebene im Jahr 2015 aufgrund dieses Erlasses entstehen und entstanden sind, sind zuwendungsfähig und können vor der Weiterleitung der Fördermittel an die Letztempfänger durch Einbehaltung von bis zu 1% der jeweiligen Fördersumme kompensiert werden.

4 Art, Umfang und Höhe der Zuweisung

4.1 Die Verteilung der Mittel nach § 26 Abs. 2 Satz 2 FAG auf die Kreise und kreisfreien Städte richtet sich nach dem Verhältnis, in dem die Zahl der dort in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder im Alter von 0 bis 3 und 3 bis 14 Jahren zur Gesamtzahl aller dieser im Land betreuten Kinder steht, der Dauer der Betreuung und dem Anteil der Kinder aus überwiegend nicht deutsch sprechenden Familien im vergangenen Jahr. Dabei sind die Kinderzahlen im Alter von 0 bis 3

Anlage 01 zur Drucksache

mit 60%, die Kinder im Alter von 3 bis 14 mit 30% und Betreuungsdauer und Sprachbildung mit jeweils 5% zu berücksichtigen. Maßgeblich für die dabei zu Grunde zu legende Zahl der Kinder ist die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik; Teil 3 Heft 1 des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein für das vor dem Zuweisungszeitraum vergangene Jahr.

4.2 Im Haushaltsjahr 2015 stehen zur Förderung der Qualitätsentwicklung nach Ziffer 1.2 insgesamt 4,7 Mio. Euro nach § 26 Abs. 2 Satz 2 FAG zur Verfügung, die sich wie in Anlage 1 dargestellt auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilen.

5 Verfahren

5.1 Das Land zahlt den Kreisen und kreisfreien Städten nach formlosem Antrag die ihnen für 2015 nach Ziffer 4 zugewiesenen Mittel aus. Die Weiterleitung der Mittel nach Ziffer 2.2 hat innerhalb der nach § 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) und den hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften vorgeschriebenen Fristen zu erfolgen. Vor der Weiterleitung von Landesmitteln ist zu überprüfen, ob

die Zahlungsempfänger die Vorgaben des Landesmindestlohngesetzes erfüllen.

5.2 Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe prüfen die Verwendungsnachweise der Zahlungsempfänger (Muster in Anlage 2) und stellen dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung eine Auszahlungs- und Verwendungsübersicht zur Verfügung, die bestätigt, dass die im Jahr 2015 zur Verfügung gestellten Mittel gemäß Erlass verteilt wurden. Daneben muss die Übersicht folgende Informationen enthalten: Art der durchgeführten Maßnahme und abhängig davon entweder den Namen des Anbieters der Qualifizierungsmaßnahme, die Anzahl der freigestellten/aufgestockten Stunden oder den Namen der externen Beraterin/des externen Beraters.

Die Übermittlung an das Ministerium hat bis zum 31. Juli 2016 zu erfolgen.

Anlage 01 zur Drucksache

6 Inkrafttreten

Dieser Erlass tritt (rückwirkend) zum 1. Januar 2015 in Kraft. Er ist bis zum 31. Dezember 2015 befristet.